

JUSTIZ

# Kein gemeinsamer Kampf gegen Rassismus



Mit Crashtest-Dummies gegen Diskriminierung: EU-Kommissarin Ana Diamantopoulou bei der Vorstellung der Kampagne "For Diversity - against Discrimination". (Foto: Media Consulta)

**Das Projekt, Rassismus in der EU gemeinsam strafrechtlich zu verfolgen, ist gescheitert. Stattdessen setzt der Ministerrat auf vernetzte Datenspeicherung für mehr Sicherheit und gegen Terrorismus.**

Nein zum gemeinsamen Strafrecht gegen Rassismus. Ja zur Vorratsspeicherung von Telekom- und Internetdaten im "Kampf gegen das Verbrechen". So lautet das Fazit des Rates der Justiz- und Innenminister, der am Donnerstag vor einer Woche in Luxemburg tagte. Damit ist der Versuch, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in allen EU-Staaten nach gleichen gesetzlichen Kriterien zu ahnden, auf unbestimmte Zeit verschoben.

Dabei sollte das Projekt unter Luxemburger Präsidentschaft endlich abgeschlossen werden. Seit November 2001 liegt ein entsprechender Kommissionsentwurf auf dem Tisch. In regelmäßigen Abständen debattierte die Ministerrunde darüber, nun aber wurde das Vorhaben aufgegeben. Anfang 2006 werde die Kommission möglicherweise ein neues Projekt vorschlagen, betonte EU-Kommissar Franco Frattini gegenüber der Presse. Vorher wird sich in dem Bereich nichts mehr bewegen. Denn Großbritannien, das im Sommer die EU-Präsidentschaft übernimmt, hat bereits angekündigt, das Thema auf der Grundlage der bestehenden Texte nicht mehr aufzugreifen. Von Österreich, das nach den Briten den EU-Vorsitz hat, erhofft man sich offensichtlich mehr Verhandlungsgeschick.

"Rassismus verstößt gegen die fundamentalen Rechte sowie gegen die Menschenwürde und muss verfolgt werden." In diesem Punkt seien sich die 25 MinisterInnen einig und das sei das Positive an dem Ausgang der Diskussionen im Ministerrat, sagte Justizminister und Ratspräsident Luc Frieden nach der Ratssitzung. Die Diskussionen seien "sehr politisch" gewesen. Es sei jedoch falsch, den Dissenz zum Rassismusartikel nun dahingehend zu interpretieren, dass "wir Rassismus nicht ernst nehmen".

Vor allem in Bezug auf das Recht auf freie Meinungsäuße-

rung konnte keine Einigkeit erzielt werden. Zwar hatte die Luxemburger Präsidentschaft Kompromissvorschläge vorgelegt, doch von der erforderlichen Einstimmigkeit waren die MinisterInnen weit entfernt. In der Tat sind die aktuellen Gesetzgebungen in den 15 Mitgliedstaaten alles andere als einheitlich. Oftmals wurde das Thema Rassismus oder Antisemitismus je nach der Geschichte des eigenen Staates in die Legislatur eingebunden.

Zwar haben alle EU-Staaten die UN-Konvention von 1969 über die Eliminierung jeglicher Form von rassistischer Diskriminierung unterschrieben. Hier ist unter anderem festgehalten, dass der Staat jede Verbreitung von Ideen, die auf rassistischer Überlegenheit basieren, sowie Gewaltakte gegen ethnische Gruppen per Gesetz bestrafen muss. Der Staat soll ebenso Organisationen, die solches Gedankengut verbreiten, als illegal deklarieren. In manchen Ländern wird jedoch darüber hinaus das Recht auf freie Meinungsäußerung sehr groß geschrieben. In Dänemark zum Beispiel ist die Veröffentlichung von Nazipropaganda oder -literatur nicht verboten, im Nachbarland Deutschland schon. Dies führt dazu, dass Nazigruppen die Möglichkeit haben, innerhalb dänischer Grenzen unbehelligt ihre Schriften publizieren können.

### Gesetze europaweit verschieden

Auf eines der Hauptprobleme macht das Europäische Netzwerk gegen Rassismus (ENAR) aufmerksam: die Schwierigkeit, die rassistische Motivation einer Tat zu beweisen. Ausschlaggebend ist, auf welche Art die Beweislast in den Gesetzen definiert wird. In Luxemburg fehlt in vielen Bereichen ein spezifischer Verweis auf Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit in den Gesetzestexten.

Die EU-Kommission empfiehlt etwa, die rassistische Motivation einer Tat als straferschwerend zu definieren. Einen solchen Paragraphen gibt es in Luxemburg bislang nicht.

Darüber, dass auch strenge Gesetze nicht alle Probleme lösen, besteht weitgehend Einigkeit. Denn obwohl die Mehrheit der EU-Staaten über Anti-Diskriminierungsgesetze verfügt, zeigen die Länderberichte, dass nur wenige Fälle vor Gericht behandelt werden. So auch in Luxemburg, wo nur selten Beschwerden bei der Polizei eingehen. Laut dem jüngsten Bericht des European Monitoring Centre for Racism and Xenophobia (EUMC) wurden im Jahr 2001 ganze 16, im darauffolgenden Jahr lediglich elf solcher Fälle gemeldet (siehe woxx vom 15.4.05). Allerdings fehlt in Luxemburg wie in vielen anderen Ländern eine spezifische Auffangsstruktur, an die sich Opfer wenden können.

"Jedes Land sollte den Kampf gegen Rassismus und Fremdenhass zur Priorität machen", so ENAR. Noch im Mai hatte die Organisation es begrüßt, dass die Verhandlungen über ein einheitliches europäisches Regelwerk unter Luxemburger Präsidentschaft wieder aufgenommen werden sollen. Nun kam die Ernüchterung. "Ohne dieses Rahmenabkommen können sich die Täter in ein anderes EU-Land zurückziehen und von dort aus möglicherweise weiter agieren", sagt ENAR-Vorsitzender Bashy Quraishy. "Darüber hinaus zeigt der Beschluss des Ministerrats, dass die EU sich ihrer eigenen Menschenrechtscharta nicht verpflichtet fühlt."

Wenn es um präventive Maßnahmen "im Kampf gegen Verbrechen, einschließlich Terrorismus" geht, ist sich die Ministerunde schneller einig. Frankreich, Irland, Schweden und Großbritannien hatten vorgeschlagen, bestimmte Telekom- und Internetdaten auf Vorrat zu speichern, um diese Informationen innerhalb der EU den Strafverfolgungsbehörden zugänglich zu machen. "Ein wertvoller Beitrag zur öffentlichen Sicherheit", so das einhellige Votum des Rats am 2. Juni. Noch zu klären seien technische Details und die Fragen des Datenschutzes: Welche Anrufe sollen gespeichert, wie sollen Internetabfragen von Benutzern mit pauschalen Tarifabmachungen erfasst werden? Ende Mai lehnte die Justizkommission des Europaparlaments den Vorschlag wegen der zweifelhaften gesetzlichen Grundlagen und Unverhältnismäßigkeit ab. Doch das scheint den Rat wenig beeindruckt zu haben.

Danièle Weber

## Sprachendiskussion im Herbst

Der kommende Herbst dürfte stürmisch werden - zumindest was die Bildungspolitik betrifft. Dann nämlich sollen erste Ergebnisse der Sprachenstudie vom Europarat vorliegen. "Das wird eine große und komplizierte Debatte", prophezeite Unterrichtsministerin Mady Delvaux-Stehres im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung, zu welcher der "pôle pour une école démocratique" am vergangenen Dienstagabend eingeladen hatte. Die europäische Untersuchung, die das Unterrichtsministerium in Auftrag gegeben hat, soll Aufschluss über die Sprachensituation an Luxemburgs Schulen geben und Grundlage für eine mögliche Neubewertung des Sprachenunterrichts sein. Für eine weitere Zuspitzung des Bildungsstreites spricht eine Pressekonferenz, zu der die DP diese Woche eingeladen hatte. Ex-Unterrichtsministerin Anne Brasseur wiederholte dort ihre Fundamentalkritik an der geplanten Reformschule "Neie Lycee" und betonte einmal mehr die Wichtigkeit der hiesigen Mehrsprachigkeit. "Meine Botschaft lautet nicht: weniger Sprachen", sagt indes Delvaux-Stehres. Vielmehr gehe es um eine "neue Gewichtung". Besonders nachdenklich stimmt die Ministerin die Tatsache, dass obwohl der Sprachunterricht nahezu die Hälfte der Unterrichtszeit ausmacht, viele Kinder am Ende der Primärschulzeit gravierende Lücken in Deutsch oder Französisch aufweisen.

## Kommunaler Naturschutz erlaubt

Ein jahrelanger Kleinkrieg im Umweltbereich geht diese Woche mit einem Kompromiss zu Ende. Auf der einen Seite standen UmweltschützerInnen, Gemeinden und Abgeordnete, die dem kommunalen Naturschutz eine gesetzliche Basis geben wollen. Auf der anderen Seite Forstverwaltung, Staatsbeamtengewerkschaft und Staatsrat, die dagegen sind, dass der Staat Aufgaben im Umweltbereich auf andere Akteure überträgt. Bei der Reform des Naturschutzgesetzes 2003 hatten sich letztere durchgesetzt. Die Regierung stand unter Zeitdruck - die Reform diente auch dazu, die überfällige Habitat-Direktive umsetzen. Die Chamber hatte allerdings eine Motion verabschiedet, die auf eine Nachbesserung drängte. Nun liegt ein Kompromisstext vor, der den Abschluss von Konventionen zwischen Gemeindegewerkschaften und dem Ministerium regelt. Der Naturschutz soll außerdem von einem neu geschaffenen "Observatoire de l'environnement naturel" beaufsichtigt werden. "Trotz vieler Unzulänglichkeiten bedeutet dieser Text einen Durchbruch für den kommunalen Naturschutz", so der grüne Abgeordnete Camille Gira gegenüber der woxx. Deshalb werde seine Fraktion für das Gesetz stimmen, das am Donnerstagnachmittag nach Redaktionsschluss der Chamber vorgelegt wurde.

## Nächste Woche: Weg vom Fenster

Von zu Hause fortgelaufen, auf die schiefe Bahn geraten. Die Misere vieler schwieriger Jugendlicher bleibt trotz gesetzlichem Jugendschutz weiter ungelöst. Wegsperrern allein hilft gar nichts. Mehr dazu in unserem Dossier.

## Bestechlichkeit

Immer zahlreicher werden die Pressekonferenzen und Medienevents. Und, immer stärker wird der Druck auf die "responsables de la communication" der Firmen und Verbände, sich etwas einfallen zu lassen, damit gestresste JournalistInnen zur Teilnahme animiert werden. Besonders beliebt sind die Presse-Essen, in gehobenem Ambiente und unter Zuführung der gängigen legalen Drogen. Sind vollgestopfte JournalistInnen unabhängige JournalistInnen? Eine Frage, der sich der Presserat einmal widmen sollte, denn Freundschaft geht bekanntlich durch den Magen. Die woxx stellt sich dem Gewissenskonflikt jedes Mal neu ... und wird immer wieder schwach. Nicht der Anbiederung, aber der guten Küche wegen.